

# **Antrag auf raumordnerische Beurteilung für die Erweiterung des Kiesabbaus in Ostrach Teil F - Antrag auf Abweichung von einem Ziel des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben**

---

**Norderweiterung des Kiesabbaus Ostrach,  
Gemarkung Jettkofen, Gemeinde Ostrach, Landkreis Sigmaringen**

---

**Kies- und Schotterwerke Müller GmbH & Co. KG  
Jettkofer Str. 2  
88356 Ostrach**

---

Auftragnehmer: DÖRR INGENIEURBÜRO  
Siebenmühlenstraße 36  
70771 Leinfelden-Echterdingen  
Telefon 0711 / 99 76 07 - 60  
Telefax 0711 / 99 76 07 - 80  
Email [info@doerrib.de](mailto:info@doerrib.de)  
Internet [www.doerrib.de](http://www.doerrib.de)

Projektleitung: Axel Dörr (Dipl.-Geol.)  
Bearbeitung Oliver Elsässer (Dipl.-Biol.)  
Axel Dörr (Dipl.-Geol.)

erstellt für: Kies- und Schotterwerke Müller GmbH & Co. KG  
Jettkofer Str. 2  
88356 Ostrach



## Inhalt

1	Antrag auf Zielabweichung vom Regionalplan Bodensee-Oberschwaben .....	1
1.1	Einführung .....	1
1.1.1	Anlass und Zielsetzung .....	1
1.2	Begründung .....	2
1.2.1	Beschreibung der Planung .....	2
1.2.2	Gesetzliche und planerische Vorgaben .....	2
1.2.3	Erforderlichkeit .....	3
1.3	Einzelfall .....	4
1.3.1	Raumordnerische Vertretbarkeit .....	4
1.3.2	Grundzüge der Planung .....	5
1.3.3	Spezieller Sachverhalt des Einzelfalles .....	7
1.3.4	Maßnahmen zur Minimierung der Auswirkungen .....	8
1.3.5	Landschaftsplanerische Stellungnahme zu den Auswirkungen auf die mit den Darstellungen des Regionalplans verfolgten Funktionen .....	8
1.4	Zusammenfassung .....	8

## Abbildungen

Abbildung 1: Ausschnitt aus dem FNP Ostrach (2014) mit in Anspruch zu nehmender Fläche (grün) sowie Fläche für die das Zielabweichungsverfahren notwendig ist (rot) .....	7
---	---

## Anlagen

Machbarkeitsstudie Nassabbau .....	Anlage 1
------------------------------------	----------



# 1 Antrag auf Zielabweichung vom Regionalplan Bodensee-Oberschwaben

## 1.1 Einführung

Die Firma Kies- und Schotterwerke Müller GmbH & Co. KG, Jettkofer Str. 2, 88356 Ostrach betreibt den Kiesabbau im Kieswerk nördlich Ostrach, Gemeindegebiet Ostrach, Landkreis Sigmaringen. Der Betrieb plant die Erweiterung des bestehenden Kiesabbaugebietes um 13,5 ha in nördlicher Richtung des bestehenden Werkes. Die betroffenen Flächen sind allerdings nicht im Regionalplan als Rohstoffsicherungsfläche ausgewiesen weswegen ein Raumordnungsverfahren durchgeführt wird. Der Westteil (ca. 2,5 ha) ist zudem als Ausschlussfläche für den Rohstoffabbau ausgewiesen, weswegen zugleich ein Antrag auf Abweichung von den bisherigen Zielen des Regionalplans gestellt wird.

### 1.1.1 Anlass und Zielsetzung

Aufgrund der Lage des geplanten Kiesabbaus im Umfang von 13,5 ha außerhalb des „Schutzbedürftigen Bereiches für den Rohstoffabbau“ wird ein Raumordnungsverfahren notwendig (Fläche > 10 ha, §1, Punkt 17. RoV i.V.m. §15 (1) ROG). Weiterhin wird aufgrund der Überschneidung des geplanten Kiesabbaus im Umfang von ca. 2,5 ha mit einem Ausschlussgebiet für den Rohstoffabbau (Teilregionalplan 2003, Plansatz 2.2) ein Zielabweichungsverfahren (§6 (2) ROG i.V. m. §24 LPlG) notwendig. Die betroffene Fläche befindet sich im Westen der geplanten Kiesabbaufläche.

Geplant ist die vollständige Gewinnung der Lagerstätte, um den Standort des Kieswerkes Ostrach weiterhin zu erhalten. In Vorgesprächen mit der Raumordnungsbehörde wurde auch ein vollständiger Abbau des anstehenden Rohmaterials gefordert, d.h. ein zusätzlicher Nassabbau, der bisher aufgrund der geringen Kiesmächtigkeit im Grundwasser aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht in Erwägung gezogen wurde. Dies gilt insbesondere auch deshalb, weil dies die aus heutiger Sicht die letzte Fläche an diesem Standort ist, an dem Kies gewonnen werden kann.

Vorgehensweise: Der Antrag auf Zulassung einer Zielabweichung wird im Rahmen eines Raumordnungsverfahrens zur Erweiterung des Kieswerkes in Ostrach gestellt.

## 1.2 Begründung

### 1.2.1 Beschreibung der Planung

Die Firma Kies- und Schotterwerke Müller GmbH & Co. KG, Jettkofer Str. 2, 88356 Ostrach betreibt den Kiesabbau im Kieswerk nördlich Ostrach, Gemeindegebiet Ostrach, Landkreis Sigmaringen. Der gegenwärtige Abbau basiert auf der Entscheidung vom 07.04.2004 (Landratsamt Sigmaringen: natur- und baurechtliche Genehmigung, wasserrechtliche Planfeststellung). Die Firma Kies- und Schotterwerke Müller GmbH & Co KG plant eine Norderweiterung des Kieswerkes, dass die Gewanne „Zwischen den Wegen“ und „Bei der hinteren Wiese“, sowie die bestehende Nordböschung des Kieswerkes umfasst. Die betroffenen Ackerflächen haben eine Größe von 13,5 ha, während die Nordböschung mit 3,7 ha im Vorhabenbereich liegt. Damit sind insgesamt 17,1 ha vom Vorhaben betroffen. Es bestehen auf der Fläche Ackerflächen, Feldwege (Gemeindeverbindungsweg), einzelne Gehölze (Feldgehölze, Hecken, Streubobstbäume) und Ruderalflächen sowie Wiesenflächen. Die geplante Erweiterung liegt außerhalb aktuell regionalplanerisch für den Rohstoffabbau gesicherter Flächen.

Geplant ist ein Trockenabbau und teilweiser Nassabbau (s.a. Anlage 1). Nach dem Vorhaben soll das Gelände wiederverfüllt werden (Wiederherstellung von Ackerflächen).

Der Abstand zur nächsten Wohnbebauung beträgt ca. 150 m (Ortsrand von Jettkofen im Westen).

### 1.2.2 Gesetzliche und planerische Vorgaben

Als Grundvoraussetzung zur Durchführung eines Zielabweichungsverfahrens ist das Vorliegen einer raumbedeutsamen Planung oder Maßnahme. Nach §3 Abs. 1 Nr. 6 ROG ist eine Planung oder Maßnahme raumbedeutsam, wenn Raum in Anspruch genommen oder die räumliche Entwicklung eines Gebietes beeinflusst wird. Das Vorhaben muss jedenfalls über den unmittelbaren Nahbereich hinausgehende Auswirkungen aufweisen, die zur Folge haben, dass die Ziele der Raumordnung beeinträchtigt werden können. Als weitere Voraussetzung für die Raumbedeutsamkeit ist, dass von einem Vorhaben infolge seiner Größe oder der von ihm ausgehenden Emissionen Auswirkungen zu erwarten sind, die über den unmittelbaren Nahbereich hinausgehen. Damit liegt im vorliegenden Fall eine raumbedeutsame Planung zugrunde.

Eine raumbedeutsame Planung liegt bei einem Vorhaben vor das die räumliche Entwicklung oder Funktionen eines Gebietes beeinflusst. Die höhere Raumordnungsbehörde kann nach §24 Satz 1 LplG im Einzelfall oder auf Antrag eine Abweichung von einem Ziel der Raumordnung zulassen, wenn die Abweichung unter raumordnerischen Gesichtspunkten vertretbar ist und die Grundzüge der Planung nicht berührt werden.

Eine Abweichung ist unter raumordnerischen Gesichtspunkten vertretbar, wenn die Abweichung auch planbar hätte sein können. Als Anlass kann nur ein öffentliches Interesse mit räumlichem Bezug und ein dringender Bedarf dienen.

### 1.2.3 Erforderlichkeit

Andere Standorte für den Kiesabbau der Firma Kies- und Schotterwerke Müller GmbH & Co. KG stellen keine sinnvolle Alternative dar. Die Standorte in Pfullendorf (14 km Entfernung) und Rosna (7 km Entfernung) sind zu weit vom Standort in Ostrach, mit großen und modernen Veredelungsanlagen, entfernt. Weiterhin gibt es in Pfullendorf ein eigenes Kieswerk, das auf den dortigen Rohstoff angewiesen ist. In Rosna wird ein anderer Rohstoff, Quarzsand hergestellt. Bei der Erweiterungsfläche handelt es sich um den letzten möglichen Standort in direkter Umgebung der großen und modernen Veredelungsanlage für Sande und Kiese in Ostrach. Mit dem Förderband kann das Material auf sehr kurzem Wege von der Abbaufäche, der Veredelung zugeführt werden.

Ohne den weiteren Kiesabbau im Norden des bestehenden Kieswerkes wäre der Standort Ostrach für den Betrieb nur noch für vergleichsweise kurze Zeit haltbar. Dabei ist die Fläche mit 2,5 ha im Westen der Erweiterungsfläche für den weiteren Betrieb des Werkes in Ostrach unerlässlich, weil hier der Nassabbau angesiedelt ist, welcher die vollständige Gewinnung der Lagerstätte ausmacht. Durch das Vorhaben werden damit auch weitere Neuaufschlüsse an anderer Stelle vermieden. Um den Standort für die nächsten 15 Jahre ohne externe Zufuhr von Rohmaterial betreiben zu können, ist eine vollständige Restauskiesung des vorhandenen Vorkommens unerlässlich. Die nächste Änderung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben steht weiterhin erst Mitte 2019 an. Bis dahin ist das Kiesvorkommen am Standort Ostrach erschöpft, d.h. es kann nicht auf die Änderung des Regionalplans gewartet werden.

#### 1.2.3.1 Besondere betriebliche Gründe

In den Flächen der aktuellen Genehmigung hat sich das Rohstoffvorkommen im Trocken- und Nassbereich verschlechtert. Im bislang genehmigten Abbaufeld ist eine Fläche von 3,5 ha für den Rohstoffabbau im Nassabbau wider Erwarten ungeeignet. Der Betrieb benötigt daher dringend weitere Rohstoffvorkommen von guter Qualität um den Standort weiter halten zu können.

### 1.2.3.2 Alternativen

Eine theoretische alternative Abbaustätte befindet sich in Rosna. Hier wird allerdings ein anderer Rohstoff als am Standort Ostrach gewonnen. Die Verwendung des Quarzsandes ist eine andere, oftmals höherwertigere als die der „normalen“ Kiese und Sande, die vorwiegend, auch nach der Aufbereitung, in der Bauindustrie Verwendung finden. Es ist außerdem davon auszugehen, dass die Kornverteilung des Quarzsandes in Rosna auch nicht geeignet ist, um durch Brechen Splitte herzustellen.

Standortalternativen existieren daher in der Umgebung nicht. Um den Standort mit den bereits gebauten und genehmigten Anlagen für weitere 15 Jahre ohne externe Zufuhr von Rohmaterial betreiben zu können ist die Restauskiesung des Kiesabbaugeländes unumgänglich. Die Flächenverfügbarkeit ist am Standort ebenfalls durch privatrechtliche Vereinbarungen bereits geregelt. Teilweise sind die Flächen auch bereits im Eigentum der Fa. Müller.

## 1.3 Einzelfall

Im Einzelfall kann auf Antrag eine Abweichung von einem Ziel der Raumordnung zugelassen werden, wenn die Abweichung unter raumordnerischen Gesichtspunkten vertretbar ist und die Grundzüge der Planung nicht berührt werden. Weiterhin wird der spezielle Sachverhalt des Einzelfalls beleuchtet. Im Folgenden werden diese Gesichtspunkte beleuchtet.

### 1.3.1 Raumordnerische Vertretbarkeit

Von der Erweiterung des Kieswerkes in Ostrach um 13,5 ha in nördlicher Richtung sind etwa 2,5 ha als Ausschlussflächen für den Rohstoffabbau ausgewiesen „Bereich mit besonderer Bedeutung für das Wohnumfeld und für die Erholungsvorsorge“. Die Ausschlussfläche liegt 300 m um bestehende Wohngebiete herum, um diese vor Immissionen zu schützen. Die bestehende Grenze des Kieswerkes liegt bereits jetzt in einer Entfernung von 160 m zu einem „Mischgebiet“ der Ortsbebauungen von Jettkofen im Westen. Die Entfernung bleibt im Vergleich zum Bestand auch mit der Erweiterungsfläche in etwa gleich groß, da der Abbau parallel zum Ortsrand verlaufen wird. Die Entfernung zu „geplanten Wohngebieten“ liegt bei 250 m am östlichen Ortsrand von Jettkofen.

Im FNP Ostrach ist die gesamte Vorhabensfläche der Erweiterung bereits als geplante Rohstoffabbau eingezeichnet.

Durch Lärm- und Staubgutachten konnte nachgewiesen werden, dass Störungen und Beeinträchtigungen der Wohnbevölkerung ausgeschlossen werden können (s. UVU, Schutzgut „Mensch“).

Der Eingriff in den Ausschlussbereich beträgt nur 2,5 ha und zudem ist das Vorhaben zeitlich befristet. Nach Abbau (Dauer ca. 15 Jahre) wird das ursprüngliche Gelände wieder hergestellt. Die Erholungsnutzung wird durch die Auflösung des Gemeindeverbindungsweges nördlich des Kieswerkes eingeschränkt, allerdings bleibt ein weiter nördlich verlaufender ausgebauter Feldweg erhalten, der weiterhin genutzt werden kann. Sonst handelt es sich bei der Eingriffsfläche hauptsächlich um „nicht begehbare“ Ackerfläche. Die Landschaft bleibt sonst bei reduziertem Wegenetz weiterhin nutzbar.

### 1.3.2 Grundzüge der Planung

Im Folgenden sind die Erfordernisse der Grundzüge der Planung für die Zulassung einer Abweichung von einem Ziel des Regionalplans aufgeführt. Darauf folgend sind jeweils die Stellungnahmen für den vorliegenden Fall zu finden.

- Die Grundzüge der Planung sind das – die Planung tragende – Grundkonzept mit seinen wesentlichen, dieses bestimmenden Elementen, Zielrichtungen und Zwecken. Sind die Grundzüge berührt, ist für ein Abweichungsverfahren kein Raum.

Stellungnahme: Die Grundzüge des Ausschlusses des Rohstoffabbaus sind nicht auf Dauer betroffen. Der Abbau ist insbesondere im Nahbereich der Ortsbebauung zeitlich beschränkt (<15 Jahre) und wird auch im Bereich für den das Zielabweichungsverfahren notwendig ist wieder rückgängig gemacht d.h. in seiner ursprünglichen Form wiederhergestellt. Vom Vorhaben sind keine weiteren Raumordnerischen Belange tangiert (Baugebiete, Windkraft etc.). Trotz des Vorhabens bleiben die weitaus größten Teile der bisherigen Ausschlussfläche für den oberflächennahen Abbau unberührt. Weiterhin ist der Abbau nur zeitlich befristet und nicht dauerhaft. Es sind keine dauerhaft geplanten Werksanlagen oder sonstige stationäre technische Anlagen im bisherigen Ausschlussbereich geplant.

- Eine Kompensation, der durch die Abweichung berührten (raumordnerischen) Belange im Abweichungsverfahren ist aber auch hier unzulässig; erweist sich eine solche als erforderlich, bedarf es der Planung:

Stellungnahme: Eine Kompensation außerhalb der Erweiterungsfläche ist nicht nötig.

- Die Abweichung darf eine geordnete zukünftige regionalplanerische Entwicklung nicht unterlaufen. Damit sind nur punktuelle Eingriffe mit nur beschränkten Auswirkungen auf das gesamte Planwerk zulässig. Stellungnahme: Die Ausschlussfläche für den Rohstoffabbau beträgt nur 2,5 ha und ist daher als punktuell zu sehen. Weitere Flächen in Wohnungsnähe werden nicht beansprucht.



- Das der Planung zugrunde liegende Leitbild darf nicht verändert werden; der planerische Grundgedanke bleibt erhalten

Stellungnahme: Im vorliegenden Fall ist nach Ende des Kiesabbaus vorgesehen, dass ursprüngliche Gelände (Ackerflächen und Renaturierte Bereiche auf der Nordböschung des Saustocksees) wieder so herzustellen, wie es vor dem Eingriff vorgefunden wurde. Weiterhin werden erhebliche, negative Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch (s. UVU, Schutzgut Mensch) ausgeschlossen. Entsprechende Lärm- und Staubgutachten wurden dazu eingeholt.

- Ob die Grundzüge der Planung berührt werden, hängt von der jeweiligen Planungssituation ab. Entscheidend ist, ob eine Abweichung dem planerischen Grundkonzept zuwiderläuft.

Stellungnahme: Die Abbaufäche beansprucht nur einen kleinen Teil der Ausschlussfläche. Sie hält, wie der Bestand auch, immer noch einen Abstand von 160 m zur Bebauung ein.

- Für eine Kompensation oder Saldierung der (raumordnerischen) Belange im Sinne der Bevorzugung des einen Belanges unter Zurücksetzung anderer Belange lässt das Gesetz keinen Raum:

Stellungnahme: Nach Raumnutzungskarte des Teilregionalplans „Rohstoffe“ (2003) ist der westlichste Abschnitt der Norderweiterung (= Fläche ca. 2,5 ha) als Ausschlussbereich für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe ausgewiesen (Siedlungsnähe), s. Abbildung 1, rote Umrandung.

Der Belang des „Rohstoffabbaus“ wird allerdings nicht unter Zurücksetzung des anderen Belangs „Schutzfläche für Wohngebiet“ durchgeführt. Es wurden entsprechende Gutachten erstellt (s. Schutzgut „Mensch“ Teil C) die nachweisen, dass keine erhebliche Beeinträchtigung der Wohnbebauung entsteht. Damit kann festgestellt werden, dass der raumordnerische Belang des Schutzes der Wohnfläche nicht hinter dem des Rohstoffabbaus zurückstehen muss – oder anders herum.

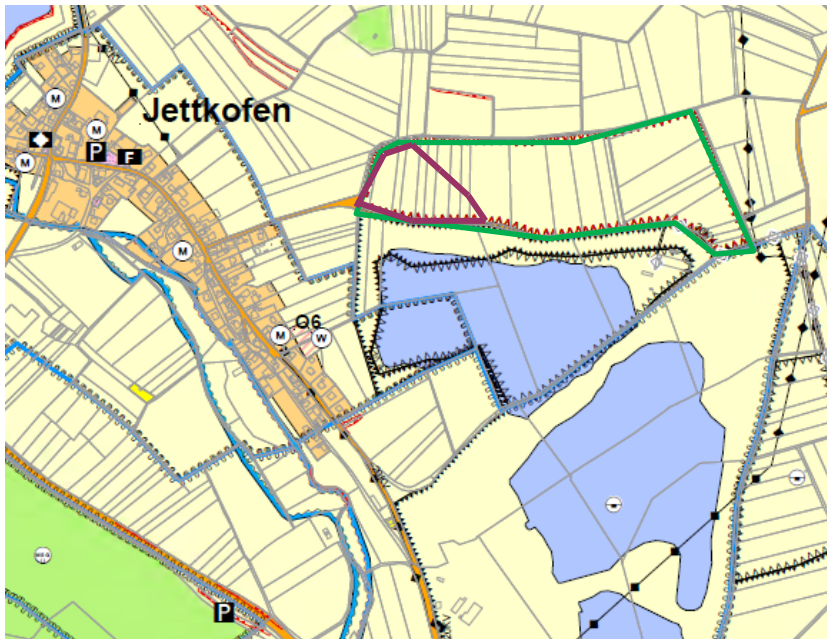


Abbildung 1: Ausschnitt aus dem FNP Ostrach (2014) mit in Anspruch zu nehmender Fläche (grün) sowie Fläche für die das Zielabweichungsverfahren notwendig ist (rot)

### 1.3.3 Spezieller Sachverhalt des Einzelfalles

Der spezielle Sachverhalt des vorliegenden Falles begründet sich in mehreren Gesichtspunkten.

- Die abbaubaren Kiesvorkommen, die derzeit im Südosten des Kiesabbaugeländes liegen, sind sehr bald erschöpft. Die letzten dann noch abbaubaren Vorkommen am Standort befinden sich nördlich des derzeitigen Abbaugeländes im Erweiterungsgebiet.
- Das Verhältnis der Gesamtfläche (13,5 ha) zur Teilfläche (2,5 ha) im Zielabweichungsverfahren ist nur gering.
- Die Lagerstätte kann so durch das Verfahren vollständig genutzt werden. Die bestehenden Werksanlagen in direkter Nähe können weiterhin genutzt werden. Ein frühzeitiger Eingriff an anderer Stelle kann somit vermieden werden.
- Das zum Abbau notwendige Großgerät wird durch die entstehenden Kieswände bezüglich seiner Emissionen abgeschirmt.
- Alle Grenzwerte (Schall, Staub) werden trotz der Annäherung an die Ortsbebauung eingehalten (s. Teil B - Technische Planung Gutachten Schall, Staub)
- Die zukünftige Abbaufäche ist im Flächennutzungsplan (2014) bereits als solche ausgewiesen.

### **1.3.4 Maßnahmen zur Minimierung der Auswirkungen**

Um die Einsicht in das Abbauvorhaben vor allem von Jettkofen zu minimieren ist eine 120 m lange und 6 m breite Sichtschutzhecke im Westen der Erweiterungsfläche geplant. Diese dient als Ausgleich für Konflikte beim Artenschutz als auch beim Landschaftsbild.

### **1.3.5 Landschaftsplanerische Stellungnahme zu den Auswirkungen auf die mit den Darstellungen des Regionalplans verfolgten Funktionen**

Bisher ist zum Schutz der Ortsrandlage teilweise ein pauschaler Abstand von 300 m um die Bebauungen herum definiert.

Wie der Bestand zeigt beeinträchtigt ein näheres Heranrücken des Kiesabbaus an die Ortsbebauung letztere nicht in (erheblichem) Maß. Dies liegt daran, dass die Kiesgewinnung an und für sich bereits vergleichsweise emissionsarm ist. Dies haben die Gutachten zu Schall und Staub dargelegt. Außerdem werden keine Aufbereitungsanlagen innerhalb des bisherigen Ausschlussbereichs aufgestellt. Während des Kiesabbaus wird durch eine frühzeitig gepflanzte Hecke die Auswirkung des Abbaus minimiert. Im Anschluss wird das Gelände wieder hergestellt.

## **1.4 Zusammenfassung**

### **Antrag auf Zielabweichung vom Regionalplan Bodensee-Oberschwaben**

Die Firma Kies- und Schotterwerke Müller GmbH & Co. KG, Jettkofer Str. 2, 88356 Ostrach betreibt den Kiesabbau im Kieswerk nördlich Ostrach, Gemeindegebiet Ostrach, Landkreis Sigmaringen. Für die geplante Erweiterung des bestehenden Kiesabbaugebietes um 13,5 ha in nördlicher Richtung wird ein Raumordnungsverfahren notwendig. Weiterhin wird zusammen mit dem dafür erforderlichen Antrag ein Antrag auf Zielabweichung vom Regionalplan gestellt, da 2,5 ha der geplanten Erweiterungsfläche als Ausschlussfläche für den Rohstoffabbau ausgewiesen sind. Geplant ist die vollständige Gewinnung der Lagerstätte, um den Standort des Kieswerkes Ostrach weiterhin zu erhalten.

### **Planungsbeschreibung**

Die Firma Kies- und Schotterwerke Müller plant die Erweiterung des bestehenden Abbaugebietes um 13,5 ha in nördlicher Richtung. Vom Vorhaben betroffen ist allerdings auch die bereits renaturierte Nordböschung des Kieswerkes. Die Fläche beträgt 3,7 ha, d.h. insgesamt sind 17,1 ha vom Vorhaben betroffen. Das Vorhabensgebiet besteht bisher aus Ackerflächen, Feldwegen, Gehölzen und Ruderal- sowie Wiesenflächen. Die geplante Erweiterung liegt aktuell außerhalb von regionalplanerisch gesicherten Flächen für den Rohstoffabbau. Geplant ist ein Trocken- und teilweiser Nassabbau. Nach Vorhabensende wird das Gelände wiederverfüllt und rekultiviert (Wiederherstellung von Ackerflächen und der bisher bestehenden Böschungen am Nordrand des Abbaugebietes).

### **Gesetzliche Vorgaben**

Grundvoraussetzung zur Durchführung eines Zielabweichungsverfahrens ist das Vorliegen einer raumbedeutsamen Planung oder Maßnahme. Diese liegt vor sobald Raum in Anspruch genommen wird oder die räumliche Entwicklung eines Gebietes beeinflusst wird. Das Vorhaben muss über den Nahbereich hinausgehende Auswirkungen aufweisen, die zur Folge haben, dass die Ziele der Raumordnung beeinträchtigt werden können. Dies ist im vorliegenden Vorhaben gegeben. Eine Abweichung von einem Ziel der Raumordnung kann zugelassen werden wenn die Abweichung unter raumordnerischen Gesichtspunkten vertretbar ist und die Grundzüge der Planung nicht berührt werden. Im vorliegenden Vorhaben ist dies der Fall.

### **Erforderlichkeit**

Andere alternative Standorte zum Abbaugebiet in Ostrach stellen zum geplanten Vorhaben keine sinnvolle Alternative dar. Bei der Erweiterungsfläche handelt es sich um den letzten möglichen Standort in direkter Umgebung der großen und modernen Veredelungsanlagen für Kiese und Sande in Ostrach. Ohne den Kiesabbau im Norden des bestehenden Abbaugebiets ist der Betrieb in Ostrach nicht mehr haltbar. Weiterhin werden durch das Vorhaben Neuaufschlüsse an anderer Stelle vermieden. Hinzu kommt, dass die Rohstoffqualität im bereits genehmigten Abbau auf einer Fläche von 3,5 ha für den Abbau ungeeignet ist, d.h. es werden dringend weitere Rohstoffvorkommen von guter Qualität benötigt um den Standort weiter halten zu können. Alternativen zum Vorhaben existieren nicht bzw. würden an anderer Stelle Neuaufschlüsse notwendig machen, die zu vermeiden sind.

### **Einzelfall**

Im Einzelfall kann auf Antrag eine Abweichung von einem Ziel der Raumordnung zugelassen werden, wenn die Abweichung unter raumordnerischen Gesichtspunkten vertretbar ist und die Grundzüge der Planung nicht berührt werden. Raumordnerisch ist das Vorhaben vertretbar, da durch Lärm- und Staubgutachten nachge-

wiesen werden konnte, das Störungen und Beeinträchtigungen der Wohnbevölkerung ausgeschlossen werden können. Die bestehende Grenze des Kieswerkes liegt bereits jetzt in einer Entfernung von 160 m zu „Mischgebieten“, d.h. Ortsbebauungen in Jettkofen. Der Eingriff in den Ausschlussbereich beträgt nur 2,5 ha. Zudem ist das Vorhaben zeitlich befristet und nicht dauerhaft. Bei der vom Vorhaben beanspruchten Fläche handelt es sich hauptsächlich um „nicht begehbares“ Ackerland. Einzig die Gemeindeverbindungswege werden von der örtlichen Bevölkerung genutzt. Die Grundzüge der Planung widersprechen nicht der allgemeinen Zielsetzung der Raumordnerischen Belange. Der Grundzug des Ausschlusses des Rohstoffabbaus ist nicht auf Dauer betroffen (zeitliche Befristung des Vorhabens). Eine Kompensation ist außerhalb der Erweiterungsfläche nicht nötig, das Vorhaben ist punktuell zu sehen und betrifft nicht Flächendeckend den betroffenen Raumordnerischen Belang „Bereich mit besonderer Bedeutung für das Wohnumfeld und für die Erholungsversorge“. Das Leitbild dieses Belanges bleibt erhalten. Es erfolgt auch keine Zurücksetzung des Belanges unter Bevorzugung des Abbaus.

Weiterhin werden Maßnahmen zur Minimierung der Auswirkung getroffen, d.h. konkret wird eine Sichtschutzhecke im Westen der Erweiterungsfläche angelegt.

Leinfelden-Echterdingen, 13.12.2016

.....  
(Dipl.-Geol. A. Dörr)

.....  
(Dipl.-Biol. O. Elsässer)

anerkannt:

Ostrach, den

.....

## **Anlage 1:**

### **Machbarkeitsstudie Nassabbau**

### **Hydro-Data, Radolfzell**